

Verwaltung

Herr Kleimann
 Herr Helmer
 Herr Hagedorn
 Frau Bueren

Herr Markus

Herr Litke

Herr Heibrock

Herr Bergen

Herr Gressik
 Frau Buddemeier
 Herr Cremer

Amt für Verkehr
 Amt für Verkehr
 Bauamt
 Büro für Integrierte Sozialplanung
 und Prävention
 Amt für soziale Leistungen
 - Sozialamt -
 Amt für soziale Leistungen
 - Sozialamt -
 Amt für Jugend und Familie
 - Jugendamt -
 Büro für Integrierte Sozialplanung
 und Prävention
 Amt für Schule
 Gleichstellungsstelle
 Gesundheits-, Veterinär- und
 Lebensmittelüberwachungsamt

Gäste

Frau Zinser
 Frau Sokoll
 Frau Vogt

Frau Kühler
 Frau Voß

REGE mbH
 REGE mbH
 Netzwerk lesbischer und schwuler
 Gruppen in Bielefeld e.V.
 Gebärdendolmetscherin
 Gebärdendolmetscherin

Schriftführung

Frau Markwart

Amt für soziale Leistungen
 - Sozialamt -

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Baum stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Es gibt keine Änderungen der Tagesordnung.

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 21. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 17.05.2017

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 21. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 17.05.2017 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Zu Punkt 3.1 Neue DVDs zum Thema Behinderung als Bildungs- und Aufklärungsmittel

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Information.

Zu Punkt 3.2 Pressemitteilung - Corinna Rüffer MdB: Bundesregierung ist blank, was den Schutz behinderter Menschen vor Gewalt angeht

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Pressemitteilung.

-.-

Zu Punkt 3.3 **Informationen der Monitoring-Stelle
UN-Behindertenrechtskonvention**

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung.

-.-

Zu Punkt 3.4 **Magdeburger Thesen**

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandten Informationen.

-.-

Zu Punkt 3.5 **Stellungnahme Kleingartenverein**

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Stellungnahme für die Teilnahme des Kleingartenvereins an einem Wettbewerb.

-.-

Zu Punkt 3.6 **Projekt "Die Amtssprache ist Deutsch! – Verwaltung zwischen
juristischer Korrektheit und Kundenorientierung"**

Herr Burkat informiert über die Ergebnisse des Projektes von Studierenden der Fachhochschule zum Thema "Die Amtssprache ist Deutsch! – Verwaltung zwischen juristischer Korrektheit und Kundenorientierung", die am 09.06.2017 im Rathaus vorgestellt worden seien.

Die dort vorgestellte Präsentation wurde von der Geschäftsführung des Beirates an die Mitglieder per Email weitergeleitet.

Der Beirat unterstützt das Projekt.

Auf Nachfrage von Frau Röder teilt Herr Burkat mit, dass die Ergebnisse aus dem Projekt in den jeweiligen Handlungsfeldern bei der Inklusionsplanung aufgegriffen und umgesetzt werden sollen.

-.-

Zu Punkt 3.7 **Ratgeber rund ums Alter**

Der Ratgeber rund ums Alter von der Stadt Bielefeld liegt zur Mitnahme aus.

-.-.-

Zu Punkt 3.8 Flyer Notfallnummern – Neuauflage 2017

Der neue Flyer Notfallnummern von der Stadt Bielefeld liegt zur Mitnahme aus.

-.-.-

Zu Punkt 3.9 Veranstaltungen

Vorsitzender Herr Baum verweist auf den als Tischvorlage ausliegenden Veranstaltungshinweis (**Anlage 1**).

-.-.-

Zu Punkt 3.10 Umzug Herr Hofmann

Vorsitzender Herr Baum teilt mit, dass Herr Hofmann den Beirat zum 30.09.2017 wegen seines Umzuges nach Bad Oeynhausen verlassen werde. Er bedauert den baldigen Austritt ausdrücklich und bedankt sich herzlich für die Zusammenarbeit.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Freibad Gadderbaum

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer: 5042/2014-2020

Vorsitzender Herr Baum teilt mit, dass Herr Bruns von der BBF – Bielefelder Bäder und Freizeit GmbH – sich in einer Mail zu dem Antrag geäußert und Gesprächsbereitschaft und Kooperation mit dem Beirat signalisiert habe.

Er stellt den Antrag zur Abstimmung.

Ohne weitere Aussprache fasst der Beirat folgenden

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt der Bezirksvertretung Gadderbaum und dem Schul- und Sportausschuss die Umsetzung der notwendigen Änderungen zur Erreichung der Barrierefreiheit, die bei der Sanierung des Freibades nicht ordnungsgemäß durchgeführt wurden, zeitnah zu erwirken.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Parkausweise – Sonderparkberechtigungen

Herr Kleimann berichtet über die Vorgehensweise bei der Ausstellung der Parkausweise und erklärt, dass Sonderparkausweise als individuelle Unterstützung für Menschen mit Behinderungen zu sehen seien und individuelle Privilegien einräumen würden. Institutionen gleich welcher Art zu „privilegieren“ sei aktuell rechtlich nicht möglich.

Grundsätzlich gäbe es folgenden Lösungsansatz, um mit der bestehenden Situation umzugehen:

- Das genutzte Transportfahrzeug führe neben den Fahrzeugpapieren (mindestens) einen blauen oder orangefarbenen Sonderausweis mit sich, der von einer mitreisenden Person zur Verfügung gestellt werde. Welche Sonderrechte mit den unterschiedlichen Ausweisen verbunden seien, sei auf der Webseite der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderungen erläutert.
(http://www.behindertenbeauftragte.de/SharedDocs/FAQs/DE/FAQ_Mobilitaet.html)

Fragen von Vorsitzendem Herrn Baum, Herrn Huhn, Frau Schmieder und Herrn Dr. Bruder werden beantwortet.

Vorsitzender Herr Baum bedankt sich für die Informationen.

-.-.-

Zu Punkt 7**Integrative Arbeit – Integration durch inklusive Arbeit für Menschen mit Schwerbehinderung**

Frau Zinser und Frau Sokoll berichten über das Projekt Integrative Arbeit (**Anlage 2**).

Ziel des Projektes sei die nachhaltige Integration von schwerbehinderten Menschen in den Arbeitsmarkt. Das Leistungsvermögen des schwerbehinderten Menschen sei dabei ausschlaggebend für Art, Umfang und Zuschnitt der Beschäftigung.

Die Regionale Personalentwicklungsgesellschaft mbH (REGE mbH) berate Arbeitgeber bei der Einrichtung der sogenannten Erprobungsarbeitsplätze und vermittele bei der Inanspruchnahme von fachlicher und finanzieller Unterstützung durch Fachdienste und Leistungsträger.

Fragen von Herrn Huhn, Herrn Jung, Herrn Conty, Herrn Holler-Göller, Herrn Dr. Bruder, Frau Röder und Frau Heinrich werden beantwortet.

Vorsitzender Herr Baum bedankt sich für den ausführlichen Vortrag.

-.-.-

Zu Punkt 8**Konkretisierung der Planungen zum Hochbahnsteig am Klinikum Mitte**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4756/2014-2020

Herr Helmer erläutert die Vorlage anhand eines Lageplanes (**Anlage 3**).

Er beantwortet Fragen von Herrn Hofmann, Herrn Dr. Bruder, Frau Röder, Herrn Huhn und Herrn Holler-Göller.

Herr Helmer erklärt, dass eine Dunkelsignalanlage eingebaut werden solle, die erst bei Betätigung des Schalters aktiviert würde.

Herr Hofmann und Herr Dr. Bruder schlagen vor, zu prüfen, ob die Signalanlage dauerhaft betrieben werden und diese auch akustisch ständig wahrgenommen werden könne.

Der Beirat ist einverstanden.

Ohne weitere Aussprache und unter Berücksichtigung der Ergänzung von Herrn Hofmann und Herrn Dr. Bruder fasst der Beirat folgenden

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem

Stadtentwicklungsausschuss, unter Berücksichtigung der von Herrn Hofmann und Herrn Dr. Bruder vorgeschlagenen Prüfungen, wie folgt zu beschließen:

Die im Rahmen der Entwurfsplanung vorgenommenen Änderungen sollen dem weiteren Verfahren zugrunde gelegt werden, mit der Maßgabe zu prüfen, ob die Signalanlage dauerhaft betrieben werden und diese akustisch auch ständig wahrgenommen werden kann.

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit zwei Enthaltungen einstimmig beschlossen -

-.-.-

Pause von 10.10 Uhr bis 10.15 Uhr

Zu Punkt 9 Wohnungsmarktbarometer 2017

Herr Hagedorn informiert über das Wohnungsmarktbarometer 2017 (**Anlage 4**).

Darin sei u. a. die Frage zum erhöhten Wohnraumbedarf im unteren Preissegment gestellt worden. Fast 50 % der Befragten sähen in der Beschleunigung des Baugenehmigungsverfahrens einen wichtigen Aspekt, um Wohnraum im unteren Preissegment zu schaffen. Fragen von Herrn Dr. Bruder und Herrn Holler-Göller werden beantwortet.

Vorsitzender Herr Baum bedankt sich für den Bericht.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 10 Altenbericht 2017. Bielefeld im demografischen Wandel - Grundlagen für die gemeinsame Gestaltung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4766/2014-2020

Frau Bueren erläutert den Altenbericht (**Anlage 5**). Daraus gehe hervor, dass die Bevölkerung der Stadt bis 2035 drastisch altern werde. Während im Moment etwa ein Viertel der Bielefelder älter als 60 Jahre sei, würde es 2035 laut Prognose bereits ein Drittel sein. Die Zahl der über 80jährigen steige bis dahin voraussichtlich um 20 Prozent an.

Der Bericht solle Handlungsbedarf aufzeigen.

Fragen von Vorsitzendem Herrn Baum, Frau Köttnitz und Herrn Jung werden beantwortet.

Vorsitzender Herr Baum bedankt sich für die Informationen.

- der Beirat nimmt Kenntnis –

Zu Punkt 11 Haushaltsplanberatungen 2018

Zu Punkt 11.1 Haushaltsplan und Stellenplan 2018 für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4879/2014-2020

Herr Markus gibt allgemeine Informationen zum Haushaltsplanentwurf 2018 und erläutert die Beratungsunterlagen. Er geht insbesondere auf die behindertenrelevanten Haushaltspositionen ein.

Auf Nachfrage von Herrn Heuer stellt Herr Litke Einsparmaßnahmen im Stellenplan dar.

Weitere Fragen von Frau Röder, Herrn Dr. Bruder und Vorsitzendem Herrn Baum werden beantwortet.

Ohne weitere Aussprache fasst der Beirat folgenden

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss, dem Rat der Stadt Bielefeld zu empfehlen, den Haushaltsplan 2018 mit den Plandaten für die Jahre 2018 bis 2021 wie folgt zu beschließen:

1. Den Teilergebnisplänen der nachstehenden Produktgruppen wird unter Berücksichtigung folgender Veränderungen (Anlage 1) im Vergleich zum beschlossenen Haushaltsplan 2017 zugestimmt:

Produktgruppe	Ertrags- erhöhung um	Ertrags- reduzierung um	Aufwands- erhöhung um	Aufwands- reduzierung um
11.01.66 - SGA, Seniorenrat, Beiräte	0 €	0 €	0 €	0 €
11.05.01 - Grundsicherung für Arbeit	5.502.738 €	0 €	0 €	463.830 €
11.05.02 - Sicherung des Lebensunterhalts	0 €	15.023.740 €	0 €	10.155.949 €
11.05.03 - Besondere soziale Leistungen	2.153.500 €	0 €	0 €	1.071.500 €
Amt für soziale Leistungen insgesamt	7.656.238 €	15.023.740 €	0 €	11.691.279 €

Die betragsmäßigen Auswirkungen der Stellenplanänderungen (Anlage 3) und der Veränderungen außerhalb des Stellenplans durch überplanmäßiges Personal (Anlage 4) wurden bereits in den Teilergebnisplänen berücksichtigt.

- Den Teilfinanzplänen A und B der Produktgruppen 11.05.01 und 11.05.03 wird unter Berücksichtigung folgender Veränderungen (Anlage 2) im Vergleich zum beschlossenen Haushaltsplan 2017 zugestimmt.

Produktgruppe	Erhöhung der investiven Einzahlungen	Reduzierung der investiven Einzahlungen	Erhöhung der investiven Auszahlungen	Reduzierung der investiven Auszahlungen
11.05.01 - Grundsicherung für Arbeit	0 €	240.900 €	0 €	330.000 €

- Dem Stellenplan 2018 für das Amt für soziale Leistungen – Sozialamt – wird unter Einbeziehung der in der Anlage 3 aufgelisteten Veränderungen, die Bestandteile dieses Beschlussvorschlages sind, im Vergleich zum beschlossenen Stellenplan 2017 zugestimmt.
- Dem im Vergleich zum beschlossenen Haushalt 2017 in der Anlage 4 aufgeführten zusätzlichen überplanmäßigen Personalbedarf wird zugestimmt.
- Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird zugestimmt.
- Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppen 11.01.66, 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird unter Berücksichtigung der in der Veränderungsliste dargestellten Anpassungen (Anlage 5) zugestimmt.

- einstimmig bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11.2 Haushaltsplan 2018 für das Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4904/2014-2020

Herr Heibroek erläutert die Vorlage.

Er beantwortet Fragen von Herrn Holler-Göller, Frau Röder, Frau Schönfeld, Herrn Dr. Bruder, Frau Heinrich und Frau Böllhoff.

Ohne weitere Aussprache fasst der Beirat folgenden

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss, dem Rat der Stadt Bielefeld zu empfehlen, den Haushaltsplan 2018 mit den Plandaten für die Jahre 2018 bis 2021 wie folgt zu beschließen:

1. Den Teilergebnisplänen der nachstehenden Produktgruppen wird unter Berücksichtigung folgender Veränderungen im Vergleich zum beschlossenen Haushaltsplan 2017 zugestimmt:

Produktgruppe	Bezeichnung	Ertragserhöhung um	Ertragsreduzierung um	Aufwands-erhöhung um	Aufwandsreduzierung um
11.01.67	Gremien	0 €	0 €	0 €	0 €
11.05.07	Unterhaltvorschuss	5.930.700 €	0 €	5.930.700 €	0 €
11.06.01	Förderung von Kindern/Prävention	3.623.661 €	0 €	3.667.969 €	0 €
11.06.02	Förderung von Familien	0 €	215.000 €	701.000 €	0 €
11.06.03	Unterstützung in rechtlichen Verfahren	0 €	0 €	0 €	0 €
		9.554.361 €	215.000 €	10.299.669 €	0 €

2. Dem Teilfinanzplan der Produktgruppe „Förderung von Kindern/Prävention“ wird unter Berücksichtigung folgender Veränderung im Vergleich zum beschlossenen Haushaltsplan 2017 zugestimmt:

Produktgruppe	Bezeichnung	Erhöhung der investiven Einzahlungen	Reduzierung der investiven Einzahlungen	Erhöhung der investiven Auszahlungen	Reduzierung der investiven Auszahlungen
11.06.01	Förderung von Kindern/Prävention	0 €	0 €	15.800 €	0 €

3. Dem Stellenplan 2018 für das Amt für Jugend und Familie

-Jugendamt- wird unter Berücksichtigung der in Anlage 1 dargestellten Veränderungen im Vergleich zum beschlossenen Stellenplan 2017 zugestimmt.

4. Dem im Vergleich zum beschlossenen Haushalt 2017 zusätzlichen überplanmäßigen Personalbedarf entsprechend Anlage 2 wird zugestimmt.
5. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 wird zugestimmt.
6. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 wird zugestimmt.
7. Den Anträgen freier Träger zum Haushalt 2018 auf Gewährung von Zuschüssen nach den Verfahrensrichtlinien der Stadt Bielefeld entsprechend Anlage 6 wird zugestimmt.

- einstimmig bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11.3 Haushaltsplan 2018 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4887/2014-2020

Herr Bergen stellt die wesentlichen Punkte der Vorlage vor und erläutert die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.

Vorsitzender Herr Baum schlägt vor, wie bereits im Vorjahr, höhere Stellenanteile für die Umsetzung des Inklusionsplanes im Haushaltsplan zu verankern, da auf den Beschluss des Beirates für Behindertenfragen im Vorjahr nicht weiter eingegangen worden sei.

Der Beirat ist einverstanden. Unter Berücksichtigung der Ergänzung von Vorsitzendem Herrn Baum fasst der Beirat folgende

B e s c h l ü s s e :

Zusätzlicher Einzelbeschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss, dem Rat der Stadt Bielefeld zu empfehlen, bei der Haushaltsplanung 2018 den erhöhten Personalbedarf im Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention zur Bearbeitung und Fertigstellung der Inklusionsplanung zu berücksichtigen. Der Haushalt soll nach Auffassung des Beirates um einen Betrag

aufgestockt werden, der dem Umfang der Beschäftigung einer halben Vollzeitstelle entspricht.

- einstimmig beschlossen -

Beschluss über die Drucks.-Nr. 4887/2014-2020:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss, unter Berücksichtigung des Einzelbeschlusses dem Rat der Stadt Bielefeld zu empfehlen, den Haushaltsplan 2018 mit den Plandaten für die Jahre 2018 bis 2021 wie folgt zu beschließen:

1. Den Teilergebnisplänen der nachstehenden Produktgruppen wird unter Berücksichtigung folgender Veränderungen im Vergleich zum beschlossenen Haushaltsplan 2017 zugestimmt:

Produktgruppe	Bezeichnung	Ertragserhöhung um	Ertragsreduzierung um	Aufwandserhöhung um	Aufwandsreduzierung um
11.01.31	Integrierte Sozialplanung und Prävention	0 €	0 €	1.191.600 €	0 €

2. Dem Teilfinanzplan der Produktgruppe „Integrierte Sozialplanung und Prävention“ wird unter Berücksichtigung folgender Veränderung im Vergleich zum beschlossenen Haushaltsplan 2017 zugestimmt:

Produktgruppe	Bezeichnung	Erhöhung der investiven Einzahlungen	Reduzierung der investiven Einzahlungen	Erhöhung der investiven Auszahlungen	Reduzierung der investiven Auszahlungen
11.01.31	Integrierte Sozialplanung und Prävention	0 €	0 €	0 €	0 €

3. Dem im Vergleich zum beschlossenen Haushalt 2017 zusätzlichen überplanmäßigen Personalbedarf wird in folgendem Umfang zugestimmt:

Aufgabengebiet	Bewertung (vorläufig)	Stellenanteil	Mehraufwand € / Refinanzierung €
Sachbearbeiter/in Quartiersentwicklung	E11	+0,2	Begleitung des Landesprojektes „Einwanderung gestalten NRW“. Die Personalaufwendungen (2018: 12 T€, 2019: 3 T€) werden für die zweijährige befristete überplanmäßige Aufstockung des Stellenanteils um 0,2 durch eine Erstattung des Landes

			aufgefangen.
--	--	--	--------------

4. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppe 11.01.31 wird zugestimmt.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 11.4 Beratung des Haushaltsplanentwurfs und des Stellenplanentwurfs 2018 für das Amt für Schule

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4745/2014-2020

Herr Gressik erläutert die Vorlage.

Fragen von Frau Röder und Frau Böllhoff werden beantwortet.

Frau Röder regt eine jährliche Berichterstattung über die Verwendung der Fördergelder vom Amt für Schule an.

Der Beirat spricht sich einstimmig dafür aus, in einer der nächsten Sitzungen außerdem einen Bericht zu den Schülerbeförderungskosten vom Amt für Schule auf die Tagesordnung zu nehmen. Vorsitzender Herr Baum schlägt vor, den Berater für das Persönliche Budget vom Café 3b ebenfalls dazu einzuladen, um evtl. Finanzierungsmöglichkeiten der Schülerbeförderungskosten über das Persönliche Budget zu erörtern.

Ohne weitere Aussprache fasst der Beirat folgende

B e s c h l ü s s e :

Zusätzlicher Einzelbeschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen bittet um eine jährliche Berichterstattung vom Amt für Schule über die Verwendung der Fördergelder.

Außerdem soll in einer der nächsten Sitzungen ein Bericht vom Amt für Schule über die Vorgehensweise bei der Bewilligung von Schülerbeförderungskosten erfolgen.

- einstimmig beschlossen -

Beschluss über die Drucks.-Nr. 4745/2014-2020:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Schul- und Sportausschuss dem Rat der Stadt Bielefeld zu empfehlen, den Haushaltsplan 2018 mit den Plandaten für die Jahre 2018 bis 2021

wie folgt zu beschließen:

- Den Teilergebnisplänen der Produktgruppen 11.01.64 „Schulausschuss“, 11.03.01 „Bereitstellung schulischer Einrichtungen“, 11.03.02 „Zentrale Leistungen des Schulträgers“ und 11.03.04 „Schulaufsicht“ wird unter Berücksichtigung folgender Veränderungen (Anlage 1) im Vergleich zum beschlossenen Haushaltsplan 2017 zugestimmt:

Produktgruppe 11.03.01 „Bereitstellung schulischer Einrichtungen“:

Erhöhung der Erträge um 1.601.600 €

Erhöhung der Aufwendungen um 3.197.323 €

Produktgruppe 11.03.02 „Zentrale Leistungen des Schulträgers“:

Erhöhung der Erträge um 1.012.492.492 €

Erhöhung der Aufwendungen um 944.277 €

- Den Teilfinanzplänen A der Produktgruppen 11.03.01 „Bereitstellung schulischer Einrichtungen“ und 11.03.02 „Zentrale Leistungen des Schulträgers“ wird unter Berücksichtigung folgender Veränderungen (Anlage 2) im Vergleich zum beschlossenen Haushaltsplan 2017 zugestimmt:

Produktgruppe 11.03.01 „Bereitstellung schulischer Einrichtungen“:

Erhöhung der investiven Einzahlungen um 2.085.500 €

Erhöhung der investiven Auszahlungen um 2.150.027 €

Produktgruppe 11.03.02 „Zentrale Leistungen des Schulträgers“:

Erhöhung der investiven Einzahlungen um 1.330.000 €

Erhöhung der investiven Auszahlungen um 1.330.000 €

- Dem Stellenplan 2018 für das Amt für Schule wird unter Berücksichtigung folgender Veränderungen im Vergleich zum beschlossenen Stellenplan 2017 zugestimmt:

Umschichtung:

StellenNr. neu	Aufgabengebietet	Bewertung (vorläufig)	Stellenanteil	Deckung durch StNr.
400 24 150	Schülerangelegenheiten, OWiG	EG 6	0,8	Erhöhung von 0,7 auf 0,8 Stellenanteil mit Deckung aus 400 24 170
400 24 160	Schülerangelegenheiten, AO-SF	EG 8	1,0	Erhöhung von 0,8 auf 1,0 Stelle mit Deckung aus 400 24 170

4. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.03.01 „Bereitstellung schulischer Einrichtungen“ und 11.03.02 „Zentrale Leistungen des Schulträgers“ wird zugestimmt.
5. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppen wird zugestimmt.
6. Die Konsolidierungsmaßnahmen Nr. 67 bis 77 des Amtes für Schule werden zur Kenntnis genommen.

- mit Mehrheit bei zahlreichen Enthaltungen und einer Gegenstimme beschlossen -

Zu Punkt 12 Aktionsplan „Gleichstellung von LSBTI* in Bielefeld“

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4850/2014-2020

Frau Buddemeier und Frau Vogt stellen die Vorlage vor (**Anlage 6**).

Ziel des Aktionsplanes sei es, die tatsächliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen zu verbessern und die Akzeptanz und die Sichtbarkeit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Bielefeld zu erhöhen.

69 der insgesamt 75 Maßnahmen könnten im Laufe der Zeit in den Fachämtern umgesetzt werden, indem sie als Querschnittsaufgabe in die Arbeit und die Planungen der Fachabteilungen integriert würden.

Fragen von Herrn Hofmann, Frau Röder, Herrn Holler-Göller, Herrn Dr. Bruder und Frau Schönfeld werden beantwortet.

Vorsitzender Herr Baum bedankt sich für den ausführlichen Vortrag.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 13 Bielefelder Gesundheitsziele 2017-2022

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4910/2014-2020

Herr Cremer erläutert die Vorlage (**Anlage 7**).

Mit dem Grundanliegen der gesundheitlichen Chancengleichheit seien insbesondere vier Schwerpunktbereiche herausgearbeitet worden:

- Umwelt und Gesundheit: Gesunde Umweltbedingungen schaffen
- Arbeit und Gesundheit: Arbeitslosigkeit, gesundheitliche und

- soziale Benachteiligung abbauen
- Familie und Gesundheit: Soziale Unterstützung fördern
- Bildung und Gesundheit: Gesundheitskompetenz fördern und Prävention stärken

Aufgrund der aktuellen Entwicklung ergäbe sich zudem als weiterer wichtiger Schwerpunkt die Sicherstellung der ambulanten hausärztlichen Versorgung in Bielefeld.

Der Gesundheitszustand der Bielefelder Bevölkerung solle auch weiterhin kontinuierlich verbessert und die vorhandenen Ressourcen durch Kooperation der verschiedenen Akteure im Bielefelder Gesundheitssystem optimal genutzt werden.

Herr Cremer beantwortet Fragen von Frau Röder und Vorsitzendem Herrn Baum.

Frau Röder schlägt vor, dass der Beirat für Behindertenfragen in der Gesundheitskonferenz vertreten sein solle und Menschen mit Behinderungen in den Ausführungen der Gesundheitsziele stärker berücksichtigt werden sollen.

Der Beirat ist einverstanden.

Unter Berücksichtigung der Ergänzung von Frau Röder fasst der Beirat folgende

B e s c h l ü s s e:

Zusätzlicher Einzelbeschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss, dem Rat zu empfehlen, Vertreter aus dem Beirat für Behindertenfragen in die Gesundheitskonferenz aufzunehmen und Menschen mit Behinderungen in den Ausführungen der Gesundheitsziele stärker zu berücksichtigen.

- einstimmig beschlossen -

Beschluss über die Drucks.-Nr. 4910/2014-2020:

Der Beirat empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss, unter Berücksichtigung des Einzelbeschlusses dem Rat zu empfehlen, den Bielefelder Gesundheitszielen 2017-2022 zuzustimmen und ihre Umsetzung im Rahmen seiner Möglichkeiten zu unterstützen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 14 Inklusionsplanung - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Burkat berichtet über den aktuellen Stand der Inklusionsplanung und weist auf die Fortsetzung der Mit-Mach-Konferenz „Inklusion ganz einfach!? – Ideen für Freizeit, Kultur und Sport“ am 30.06.2017, 13.30 Uhr, im Historischen Saal der Ravensberger Spinnerei hin.

Zu Punkt 15 Berichte aus Gremien (Ratsausschüsse, sonstige Gremien und Arbeitsgruppen der Teilhilfesysteme)

- vertagt -

Zu Punkt 16 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

Zu Punkt 17 Bericht an die Presse

Frau Böllhoff schlägt vor, die wichtigsten Themen nach jeder Sitzung in einem Presseartikel zusammenzufassen.

Vorsitzender Herr Baum empfiehlt, diese Vorgehensweise in einer der nächsten Sitzungen zu beraten.

Der Beirat ist einverstanden.

Vorsitzender Herr Baum stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.